



Berlin, 25. April 2005

GdP: Öffentliche Arbeitgeber wollen das blanke Chaos

Berlin. Die großen Tarifkommissionen von ver.di und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) haben am Montagmittag das Scheitern der Verhandlungen um Arbeitszeitbestimmungen, Zuwendungen und Urlaubsgeld erklärt. Damit sind die Verhandlungen um die Übernahme des „Tarifvertrags öffentlicher Dienst“ (TVöD) zunächst abgebrochen. Wie die Kommissionen gleichlautend erklärten, führten die von den Arbeitgebern unterbreiteten Vorschläge zur Arbeitszeitverlängerung zu einem weiteren Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst. Angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen sei das für die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB völlig inakzeptabel.

„Wir stehen einer Front von Ministerpräsidenten gegenüber, die nichts als das blanke Chaos wollen. An einer Einigung sind sie nicht interessiert“, kritisierte der GdP-Bundesvorsitzende, Konrad Freiberg, den Abbruch der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst in der Nacht zum Montag. In diesen Stunden sei deutlich geworden, so Freiberg, wo die Betonfraktion sitze: Während die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ein zukunftsfähiges und auch auf die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abgestimmtes Tarifvertragswerk vorgelegt hätten, seien vor allem die CDU-regierten Bundesländer ohne Konzept, dafür aber mit einer klaren Blockadehaltung erschienen. Freiberg: „Wir hätten anbieten können, was wir wollen. Die bevorstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen lassen grüßen.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190